

Die soziale Lage Europas - familienbezogene Aspekte

Richter, Rudolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Richter, R. (2001). Die soziale Lage Europas - familienbezogene Aspekte. *Zeitschrift für Familienforschung*, 13(2), 91-103. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-322255>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Forschungsnotizen

Rudolf Richter

Die soziale Lage Europas – familienbezogene Aspekte¹

Im Jahr 2000 erschien erstmals der Sozialbericht der EU. Er wird von der Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales herausgegeben und soll in Hinkunft jährlich erscheinen. Seine Intention ist es, einen Überblick über die soziale Lage in der EU zu geben. In Zukunft sollen sich die Sozialberichte zusätzlich auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren.² Hier möchte ich mich auf den Sozialbericht 2000 konzentrieren und dabei punktuell einige Ergebnisse darstellen, die im Bezug auf Familienfragen von besonderer Relevanz sind.

1. Philosophie und Inhalt des Sozialberichts

Hinter der Erstellung des Sozialberichts steht die Idee, ein europäisches Sozialmodell mit Hilfe vergleichbarer Daten zu charakterisieren. Das soll gegenüber anderen Modellen, wie etwa dem amerikanischen oder asiatischen abgegrenzt werden können, und seine Konkurrenzfähigkeit soll gezeigt werden. Vor diesem Hintergrund verfolgt der Sozialbericht die Absicht anhand von wenigen aber kennzeichnenden Daten die soziale Situation Europas darzustellen.

1 Der Artikel ist eine überarbeitete Fassung eines Vortrags, der im Rahmen des 8. Interdisziplinären Symposiums Familienforschung in Strobl am Wolfgangsee am 24. November 2000 gehalten wurde. Er wurde nur sparsam verändert und mit einigen Literaturhinweisen versehen.

2 Die Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten, die am Österreichischen Institut für Familienforschung in Wien angesiedelt ist, hat die Aufgabe, Expertenkompetenz im unterschiedlichen Ausmaß bei der Vorbereitung des Sozialberichts zur Verfügung zu stellen. Dies geschah beim Sozialbericht 2000 vereinzelt durch Stellungnahmen der 15 Experten der Beobachtungsstelle aus allen Ländern Europas, sie wird in Zukunft intensiviert werden, da auch erkannt wurde, dass die Situation der Familien, des Zusammenlebens der Generationen und Geschlechter entscheidende Grundlagen für die Sozialsituation in Europa liefern.

Es wird dabei durchaus klar, und es ist den Verfassern auch bewusst, dass die Staaten Europas unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Modelle entwickelt haben. (vgl. Social Situation Report, 2000, S. 56ff). Im Kern unterscheidet man vier europäische Systeme sozialer Sicherung, die sich erstens durch Risikoabdeckung und Zugangsberechtigung, zweitens durch die Struktur der Sozialleistungen, drittens durch Finanzierungsmechanismen und viertens durch die organisatorische Gestaltung unterscheiden). Doch steht in der Idee des Sozialberichts, dass sich langfristig diese vier Modelle einander zu einem einheitlichen europäischen Sozialmodell annähern könnten.

Der Sozialbericht orientiert sich im Wesentlichen an objektiven Indikatoren und damit an der Messung von sozialer Wohlfahrt, die aus den skandinavischen Ländern kommt. Subjektive Indikatoren zur Wohlfahrtsberichterstattung wie in der amerikanischen Tradition, werden nur rudimentär herangezogen (vgl. Zapf, 1984; Offer, 1996; Noll, 1999; Hudler & Richter, 2000).

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Orientierung an sogenannten harmonisierten Daten; das heisst Daten, die über alle europäische Länder in gleicher Weise verfügbar sind. Im wesentlichen basiert damit die Darstellung der Ergebnisse auf Daten und Statistiken aus dem Europäischen Statistischen Zentralamt, auch auf den Studien des Euro-Barometer.

Diese Philosophie des Berichts bewirkt, dass generell auf Vergleichbarkeit im objektiven Sinn geachtet wird und Differenzen sich nur an gleichen und vergleichbaren Messpunkten zeigen. Dadurch gehen natürlich regionale Besonderheiten in Europa verloren. Auch unterschiedliche Bedeutung gleicher Strukturelemente, etwa unterschiedliche Bedeutung von Familie, wird nicht diskutiert. Es ist Absicht des Sozialberichts, hier die Gemeinsamkeiten vor die Differenzen zu stellen.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund beschreibt der Sozialbericht Bevölkerungstrends, Lebensbedingungen, die Einkommenssituation und Transfers zwischen den Generationen sowie soziale Partizipation.

Ich folge hier der Struktur des Berichts und greife jene Ergebnisse des Berichts heraus, die für die Familienangelegenheiten und Familienfragen in Europa von besonderer Wichtigkeit sind.

Dazu zählen soziodemographische Trends wie die Entwicklung der Altersquote, Veränderungen in der Familienstruktur und der Fertilität und der Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Den zweiten Schwerpunkt bilden die Lebensbedingungen, hier besonders die Einkommenssituation, die Wohnsituation, und die Bildungssituation, wobei der Sozialbericht Familienhaushalte hier nicht berücksichtigt. Schließlich werden auch zusammenfassend Daten zur sozialen Partizipation referiert. Ich schliesse, wie der Sozialbericht, mit Gedanken zur Herausforderung an die Zukunft, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Familie.

2. Soziodemographische Trends

In der demographischen Entwicklung ist am deutlichsten der steigende Anteil von Personen über sechzig in den europäischen Gesellschaften zu prognostizieren. Sieht man sich die sogenannte *Altersquote* (Tabelle 1) an, das ist jene Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, so sieht man, dass die Prognosen eine hohe Altersquote vor allem in Italien, Spanien und Deutschland zeigen. Dort wird sie 2010 um die 30% liegen wird. Im Gegensatz dazu wird Irland mit etwa 18% die geringste Altersquote aufzeigen. Das bedeutet ein starkes, neues Ungleichgewicht der Generationen. Die Probleme, die dadurch entstehen werden verstärkt, da gleichzeitig die *Beschäftigungsquote* der 55- bis 64-Jährigen gesunken ist und anteilmäßig heute wesentlich weniger Personen in diesem Alter erwerbstätig sind als es noch vor 30 Jahren waren. So sind heute in Europa nur mehr etwas mehr als ein Drittel (36%) der Personen in dieser Altersgruppe erwerbstätig, wesentlich mehr Männer (52%) als Frauen (29%). Es gibt aber durchaus Unterschiede hinsichtlich der Beschäftigungsquote in dieser Altersgruppe. In Schweden ist sie fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Europäischen Union und in Dänemark, Portugal und dem Vereinigten Königreich mit 50% noch sehr hoch. Dem gegenüber sind in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Österreich weniger als 30% der älteren Menschen erwerbstätig.

Einerseits gibt es einen allgemeinen Trend der demographischen Alterung der Bevölkerung, andererseits zeigen sich deutliche Unterschiede danach, wie lang die Personen im Arbeitsmarkt bleiben. Ein längeres Verweilen im Arbeitsmarkt scheint stark davon abhängig zu sein, wie weit Teilzeitarbeit zugelassen wird. Das Ausmaß an Teilzeitarbeit im Alter steigt.

Tabelle 1: Altersquote (1) des Jahres 1998 und im Jahr 2010

Jahr	EU-Länder														
	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	NL	A	P	FIN	S	UK
1998	24	25	22	23	24	24	24	17	26	20	23	22	22	27	24
2010	27	27	24	29	29	26	25	19	31	23	26	24	25	28	25

(1) Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64); Quelle: Eurostat – Bevölkerungsstatistik

Ein weiteres demographisches Charakteristikum, das gemeinsam mit der hohen Altersquote zu betrachten ist, ist der *Rückgang der Fertilität*.

Die Fertilität im europäischen Durchschnitt ist generell weltweit eine der niedrigsten. Die Fruchtbarkeitsziffer beträgt 1998 1,45 Kinder pro Frau, wobei von dem Rückgang der Geburten vor allem die südlichen Länder Spanien, Portugal, Italien und Griechenland betroffen sind.

Lange Lebenserwartung, vergleichsweise geringe Berufstätigkeit in der Altersgruppe ab 55 Jahren und geringe Fertilität bewirken, dass Rentenversicherungssysteme gefährdet erscheinen. Dies kann zu einer Belastung der Familien in zweifa-

cher Weise führen: Einerseits dadurch, dass private Vorsorge einen höheren finanziellen Aufwand bedeutet, andererseits durch die Notwendigkeit der Pflege von älteren Menschen, bei der man sich stark auf das familiäre Solidaritätsnetzwerk bezieht.

Damit verbunden sind weitere Veränderungen in der Familienstruktur.

Neben der typischen Kernfamilie entstehen verschiedene Familienformen. Tendenziell werden weniger Ehen geschlossen und diese in einem höheren Lebensalter als vor zwei oder drei Jahrzehnten. Dem gegenüber steigt der Anteil der Personen, die als Paare zusammenleben (Tabelle 2). Allerdings zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden Europas. Während etwa in Dänemark Kohabitation sehr weit verbreitet ist und nahezu ein Viertel der Bevölkerung unverheiratet zusammenlebt, liegen diese Prozentsätze in den südlichen Ländern Portugal, Spanien, Italien, Griechenland aber auch Irland weit unter 5%. Kontinentaleuropa nimmt mit einem Anteil von etwa 7 bis 12% eine Mittelstellung ein.

Tabelle 2: Prozentsatz der Personen, die als Paare zusammenleben, im Jahr 1995

EU-Länder															
EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
7*	9	23	8	1	2	15	2	2	8	14	10	3	18	15	9

Quelle: Eurostat – Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP). NL, FIN und S nationale Daten.

Auch die Bedeutung des Zusammenlebens scheint in Europa unterschiedlich zu sein. Während für einige Länder gilt, dass das Zusammenleben schließlich in einer Ehe mündet, vor allem dann, wenn Kinder geboren werden, ist das für die skandinavischen Länder weit weniger der Fall. Vergleicht man den Prozentsatz der außerehelichen Geburten in Europa (Tabelle 3), so erkennt man auch hier Schweden und Dänemark als Länder, die mit über 50% beziehungsweise rund 45% den höchsten Anteil an außerehelichen Lebendgeburten haben, gefolgt von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Finnland. Am anderen Ende der Skala befinden sich Spanien, Italien, Griechenland, Luxemburg, Belgien, Deutschland und Polen, wobei Griechenland mit nicht einmal 5% den geringsten Anteil an außerehelichen Geburten aufweist. In allen Ländern ist dieser Anteil von 1980 bis 1998 aber gestiegen, wobei die Differenzen zwischen 1980 und 1998 besonders hoch in Frankreich, Griechenland und Finnland, den Niederlanden und Belgien waren, aber auch in den anderen südeuropäischen Ländern, während der Unterschied in Österreich, Schweden und Dänemark weit geringer ausfiel.

Die Anzahl der Scheidungen ist deutlich gestiegen. Sie liegt in dem Vereinigten Königreich, Finnland und Belgien mit über 2,5 ‰ am höchsten, während sie in Italien, Spanien und Griechenland mit nicht einmal 1 ‰ am geringsten sind. Die Länder mit der höchsten Scheidungsrate weisen auch eine große Differenz zu 1970 auf. Von da ab verdoppelte sich die Scheidungsquote, im Fall von Belgien hat sie sich sogar mehr als verdreifacht.

Tabelle 3: Prozentsatz der außerehelichen Lebendgeburten

Jahr	EU-Länder															
	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1970	6	3	11	7	1	1	7	3	2	4	2	13	7	6	19	8
1980	10	4	33	12	2	4	11	5	4	6	4	18	9	13	40	12
1998	24	18	45	19	4	12	40	28	9	17	21	29	20	37	55	38

Quelle: Eurostat – Bevölkerungsstatistik

Ist für die Altersquote auch der Anteil der über 50jährigen an der Erwerbsbevölkerung interessant, da hier Frührenten bezahlt werden müssen und familiär gesehen, diese Bevölkerungsgruppe auch in der Betreuung von Kindern und älteren Menschen in der Familie eingesetzt werden, so ist unmittelbar für die Familienstruktur die Beschäftigungsquote der Frauen relevant. Hier wird sichtbar, wieweit im Wirtschaftssystem eine Gleichstellung von Mann und Frau erfolgt. In den letzten Jahrzehnten kann eine steigende Beschäftigungsquote von Frauen beobachtet werden. Ihre Teilnahme am wirtschaftlichen Leben hat sich wesentlich erhöht. Die Differenz zwischen Männern und Frauen mit 78% zu 58% ist allerdings noch groß, auch wenn sie kleiner wird. Weiter signifikant ist, dass deutlich mehr Frauen in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis tätig sind als Männer (Tabelle 4).

Tabelle 4: Prozent der beschäftigten Frauen, die einer Teilzeitarbeit nachgehen, 1998

EU15	EU-Länder														
	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
33	33,2	35,7	36,4	10,5	17,2	31,6	30,1	14,4	22,5	67,6	30,3	17,2	17	39	44,8

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung

Die Erwerbsquoten von Frauen sind besonders hoch in Dänemark, Finnland und Schweden mit 70% und darüber, gefolgt von Ländern wie die Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich, Finnland und Deutschland, wo sie über 60% liegen. Am geringsten waren die Frauenbeschäftigungsquoten 1998 in Italien, Luxemburg, Spanien und Griechenland. Man sieht auch hier neben den Gemeinsamkeiten deutliche Unterschiede in Europa.

Die Teilzeitbeschäftigung von Frauen ist besonders hoch in den Niederlanden. Fast 70% der beschäftigten Frauen gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach, in den anderen Ländern, in denen sie relativ hoch ist, liegt der Prozentsatz etwa zwischen 30 und 40%. Kinder sind ein Grund, warum die Beschäftigungsquote der Frauen sinkt, allerdings nicht in allen Ländern (Tabelle 5).

Tabelle 5: Beschäftigungsquote der 25-49jährigen Frauen mit und ohne Kinder, 1998

Frauen mit/ohne Kinder	EU-Länder							
	EU15	B	DK	D	EL	E	F	IRL
Alle Frauen ohne Kinder	67,3	66,2	:	74,3	55,2	48,3	73,2	59,7
mindestens 1 Kind < 0 und > 5 Jahren	53	67,3	:	50,1	50,4	40,7	57	46
Frauen mit/ohne Kinder	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Alle Frauen ohne Kinder	52,5	61,9	73,2	75,5	73,6	:	:	78,8
mindestens 1 Kind < 0 und > 5 Jahren	45,7	48,8	60,7	67,1	72	:	:	55,4

EU-15: ohne die drei nordischen Mitgliedsstaaten, für die keine Daten vorliegen

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung

Während generell die Beschäftigungsquote aller Frauen ohne Kinder höher ist, als die Beschäftigungsquote derer, die zumindest ein Kind zwischen 0 und 5 Jahren besitzen, so zeigt sich dieser Zusammenhang nicht in Belgien, wenig in Portugal und auch relativ wenig in Österreich.³ Hier sind in Belgien mehr, in den anderen beiden Ländern annähernd so viel Frauen mit Kind zwischen 0 und 5 Jahren erwerbstätig als ohne Kinder. Für die nordischen Mitgliedsstaaten liegen dazu im Sozialbericht keine Daten vor.

Frauen übernehmen auch nach wie vor einen Großteil der Betreuungsarbeiten innerhalb der Familie, was vor allem in Zukunft durch steigenden Anteil von älteren Personen für das Sozialversicherungssystem und das System der sozialen Dienste relevant werden wird.

Trotz dieser Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und damit ein Auffächern in verschiedene Familienformen – wobei keineswegs klar ist, ob man deswegen von einer Pluralität sprechen kann (vgl. Nave-Herz, 1998, umfassend Richter, 2000) – kann festgestellt werden, dass die Kernfamilie nach wie vor in den EU-Mitgliedsstaaten die häufigste Haushaltsform (55% im Schnitt) ist. Der Anteil der kinderlosen Paare steigt hingegen stetig und betrug 1995 im Durchschnitt in der EU an die 20%. Vergleichen wir die einzelnen Regionen Europas miteinander, so zeigt sich, dass das konventionellste Familienmuster und die traditionellsten Haushaltsformen sich in den südlichen Mitgliedsstaaten und Irland befinden, in Ländern, in denen die Scheidungsrate noch niedrig ist und das Zusammenleben unverheirateter Paare und uneheliche Geburten selten sind. Die nordischen Mitgliedsstaaten hingegen weisen einen relativ hohen Anteil an Ein-

3 Zum Teil sind das auch Definitionsfragen, da etwa Personen in Karenz auch als erwerbstätig gezählt werden können.

Personen-Haushalten und einen hohen Anteil an Haushalten mit kinderlosen Paaren auf, wobei auch für diese skandinavischen Länder gilt, dass die Eheschließung bei Vorhandensein von Kindern als weniger zentral angesehen wird als in anderen Ländern Europas. Kontinentaleuropa ist zwischen beiden Polen angesiedelt.

Zusammenfassung

Ich möchte hier nochmals darauf hinweisen, dass der Sozialbericht im Wesentlichen Indikatoren für die soziale Lage in Europa liefert, sich aber eines Kommentars enthält. Die Tatsache der geringen Fertilität, beziehungsweise des Ungleichgewichts zwischen alter und junger Bevölkerung zeigt statistische Trends auf, sagt uns aber noch nicht, was das eigentliche Problem ist oder sein soll. Wenn geringe Fertilität als Problem angesehen wird, dann steht dahinter eine Vorstellung davon, was eine ausreichende Fertilität wäre. Wenn wir als ausreichende Fertilität eine bezeichnen, wodurch sich Gesellschaften reproduzieren, beziehungsweise der Generationenvertrag im sozialversicherungsrechtlichem Sinn aufrecht erhalten werden kann, so steht eben dahinter auch die Vorstellung, dass die Reproduktion von Gesellschaften ein wünschenswertes und die Aufrechterhaltung des sozialversicherungsrechtlichen Generationenvertrags ebenfalls ein wünschenswertes und notwendiges Ereignis ist. Dass es so ist, ist aber aus einem anderen Hintergrund abzuleiten als aus einer demographischen Entwicklung selbst. Im Wesentlichen sind solche Dinge politische und gesellschaftliche Wertentscheidungen, für die statistische Daten die Fakten darstellen, aber nicht aus sich heraus Handlungsfaktoren sind (vgl. dazu auch die Diskussion am Seminar der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten in Sevilla, besonders zusammenfassend: Bagavos & Martin, 2001)⁴.

Die Veränderung in der Beschäftigungsstruktur, die hohe Altersquote und der geringe Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter werden die wohlfahrtsstaatlichen Systeme Europas vor neue Herausforderungen stellen. Ob durch gezielte familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen oder durch wirtschafts- und sozialpolitische Interventionen Änderungen eingeleitet werden, ist keineswegs entschieden. Es erhebt sich die Frage, wie weit Familienpolitik in die Sphäre des privaten Lebens eingreifen soll und auch kann. Die erste Frage ist ideologischer Natur, die zweite recht pragmatisch. Dazu hat Kaufmann zusammenfassend einmal den Satz geprägt: „Der Familie muss geholfen werden, es ist aber schwer ihr zu helfen“ (Kaufmann, 1995, S. 178). Seine Analyse macht auch klar, dass Familienpolitik bestenfalls den Rahmen abstecken kann, in dem sich die soziale Organisation Familie mehr oder weniger selbstgestaltend entwickeln kann.

Es bleibt auch die Frage offen, wie weit gerade durch Familienpolitik die Bevölkerungsprobleme gelöst werden sollen. Durch gezielte Wirtschaftspolitik, die etwa eine Gleichbehandlung von Frauen und Männern, vor allem zunächst eine gleiche Bezahlung zu erreichen versucht, könnten einige Probleme des sozialen

4 Siehe auch Internetadresse: http://europa.eu.int/comm/employment_social/family/observatory/sevilla.html.

Zusammenlebens wie des individuellen Wohlbefindens gelöst werden. Ebenso besteht keine Notwendigkeit, steigende Fertilitätsziffern als zentrale Lösungselemente für Arbeitskräftemangel und Altersquote heranzuziehen. Erstens werden sie erst dann wirksam – in etwa 30 Jahren – wenn es zu spät ist oder das Problem bereits nicht mehr so virulent existiert. Zielführender scheint mir auch hier zu sein, zu überlegen, ob nicht neue Produktionsformen, veränderte Wirtschaftsstruktur und eine Neufassung der Rentenversicherungssysteme viel angemessenere Lösungswege darstellen.

Im Gesamtzusammenhang der Europäischen Union ist aber auch zu beachten, dass bereits jetzt die Unterschiede in den einzelnen Regionen Europas groß sind und die neuen Mitgliedsstaaten in absehbarer Zeit weitere Spezifika einbringen werden. Es ist keineswegs gesichert, dass sich über alle Regionen Europas eine Vereinheitlichung in der Bevölkerungsstruktur ergeben wird.

3. Lebensbedingungen

Ein weiterer Schwerpunkt des Sozialberichts widmet sich den allgemeinen Lebensbedingungen in der EU, worunter Fragen des Einkommens, der Wohnsituation, der Gesundheit, aber auch der Bildung zusammengefasst werden sollen. Hier finden sich kaum familienbezogene Daten, obwohl die Ereignisse familienrelevant sein können.

Generell kann man feststellen, dass das mittlere verfügbare Einkommen in der EU beträchtlichen Schwankungen unterliegt. Deutlich niedriger als im Durchschnitt liegt das Einkommen in den vier südlichen Mitgliedsstaaten. Diese zeigen zudem auch innerhalb ihrer Einkommenssituation die größten Unterschiede auf. Deutlich zeigt sich, dass eine Umverteilungswirkung von Transfers sichtbar wird. Dafür sind im Wesentlichen die Sozialleistungen in den einzelnen Staaten verantwortlich. Sie führen dazu, dass die Einkommensunterschiede innerhalb eines Landes minimiert werden. Dieser Ausgleich in einzelnen Ländern der zum Beispiel in Dänemark und Niederlande besonders hoch ist, vergrößert auf der anderen Seite den Unterschied zwischen den Mitgliedsländern. Man kann auf Grund des Sozialberichts annehmen, dass ein Rückgang der Sozialleistungen in den Mitgliedsstaaten auch die Distanz zwischen den Einkommensgruppen erhöhen wird.

Obwohl es europaweit so sein dürfte, dass Familien im Durchschnitt über weniger Einkommen verfügen als Haushalte ohne Kinder, wird dies im vorliegenden Sozialbericht nicht besonders dargestellt⁵. Allerdings wird die Frage aufgegriffen, wie weit ein finanzieller Transfer innerhalb der Familie erfolgt. Das Ergebnis: Innerfamiliäre Transferleistungen spielen als Geldwerte eine untergeordnete Rolle, nichtfinanzielle Transfers wurden nicht berücksichtigt (vgl. dazu etwa Spezialstudien für Deutschland z.B. Vaskovics, 1997; Motel & Szydlík, 1999).

Einkommensunterschiede zeigen sich auch bei den Ausgaben der Haushalte, die nach Schichtung sehr unterschiedlich sind. Während die Haushalte mit geringerem

5 Das wird im nächsten Sozialbericht geschehen.

Einkommen über die Hälfte ihrer Ausgaben für Wohnen und Essen verwenden, so sind es bei den Haushalten höherer Einkommensschichten nur etwas über ein Drittel.

Diese Unterschiede im Einkommen und der damit auch verbundenen Differenz der Teilnahme an der Konsumwelt hat die Autoren des Sozialberichts unter anderem dazu bewogen, in Zukunft auf diese Differenz und auf die Dimension der „Social Quality“, der Fragen der Inklusion und Exklusion in verschiedenen Teilbereichen auszurichten.

Als weiterer Indikator für die Lebensbedingungen wird die *Wohnsituation* herangezogen. Diese hat sich generell verbessert. Allerdings fallen bestimmte Bevölkerungsgruppen mit einer deutlich schlechteren Wohnsituation auf. Insbesondere besteht ein Problem an infrastrukturell adäquat ausgestatteten Wohnungen für ältere und pflegebedürftige Menschen. Es kommt dazu, dass wir aus anderen Studien wissen, dass die Bereitschaft des Wohnungswechsels bei älteren Menschen auch nicht besonders hoch ist, sodass das Problem der Veränderung vorhandener Wohnungen wichtiger zu sein scheint, als neue „Alterswohnungen“ zu schaffen (z.B. Spelleberg & Schneider, 1999).

Hinsichtlich der *Gesundheit* zeigt sich, dass die EU-Bürger wesentlich gesünder leben als jemals zuvor. Zwei Drittel der Bevölkerung fühlen sich als gesund. Allerdings bleiben vom Gesundheitsaspekt gesehen schlechte Lebensgewohnheiten wie Rauchen oder unzweckmäßige Ernährung weiterhin ein Problem.

Insgesamt stieg auch das *Bildungsniveau* in der EU kontinuierlich an.

Zusammenfassung

Der Sozialbericht zeichnet also hinsichtlich der Lebensbedingungen eine positiv zu sehende Entwicklung in der Europäischen Union. Trotz der Verbesserung der Wohnsituation, des steigenden Bildungsniveaus, der größeren Partizipation der Frauen in allen Ländern in den Bildungsinstitutionen und der verbesserten Gesundheitslage, bleiben bestimmte Gruppen von diesen günstigen Entwicklungen ausgeschlossen. Eine gewisse Problemsituation herrscht bei älteren pflegebedürftigen Menschen. Sie herrscht aber auch bei Haushalten mit geringerem Einkommen, was sich verschärfen dürfte, wenn Kinder vorhanden sind.

Insgesamt scheint es von einer friedlichen Gesellschaftsentwicklung her gesehen problematisch zu sein, wenn sich Einkommensunterschiede einerseits zwischen den Mitgliedsstaaten andererseits auch innerhalb der Mitgliedsstaaten vergrößern. Das Risikopotential für soziale Konflikte wird durch zunehmende Differenzen gesteigert. Sozialleistungen dürften hier einen Ausgleich schaffen, allerdings ist nicht ganz klar, wie weit und wie differenziert sie diese Lücke abdecken können. Sicher ist aber, dass sie einen Betrag zur Gleichheit leisten können. Angesichts der derzeitigen Entwicklung des Abbaus von Sozialleistungen kann man ein verschärftes soziales Klima und ein Ansteigen sozialer Konflikte in den europäischen Ländern erwarten.

4. Soziale Beteiligung

Unter sozialer Beteiligung wird in dem Sozialbericht 2000 nicht nur der Aspekt sozialer Partizipation, wie in den Sozialwissenschaften, also die Beteiligung an intermediären Organisationen und am öffentlichen Leben, verstanden, sondern es geht allgemeiner um Inklusionsmechanismen und um Isolation. Soziale Beteiligung heisst ganz allgemein Inklusion in Interaktionsnetzwerken, oder konkreter: Kontakte zu Freunden, Bekannten, Nachbarn und in der Familie.

Insgesamt kann man sagen, dass es in der EU wenig isolierte Personen gibt. Wir können dazu zwei Indikatoren heranziehen. Das eine ist der *Kontakt mit Nachbarn*, das andere generell der *Kontakt mit anderen Menschen*. Fragt man, wie viel Menschen mindestens ein Mal pro Woche, weniger als ein Mal pro Monat oder nie ihren Nachbar sprechen, so sind es etwa 8 % im europäischen Durchschnitt, die als isoliert bezeichnet werden könnten, denn so viele geben an, nie mit dem Nachbarn zu sprechen. Besonders gering ist dieser Prozentsatz und dementsprechend auch relativ hoch jener Prozentsatz der Personen, die mindestens ein Mal pro Woche mit ihrem Nachbar sprechen (nämlich 90% oder darüber), in Spanien und Griechenland. In den meisten anderen Ländern liegt der Prozentsatz zwischen 70% und 80%. Erstaunlich und herausfallend ist hier die Situation in den Niederlanden, wo wir den höchsten Prozentsatz derer haben, die angeben, nie mit ihrem Nachbar zu sprechen (etwa 17%) und dazu in Korrespondenz der Anteil derer, die mindestens ein Mal pro Woche mit ihnen sprechen mit unter 70%. Hier ist der Nachbarschaftskontakt im EU-Durchschnitt am geringsten.

Sehen wir uns den zweiten Indikator an, nämlich generell den Prozentsatz der Menschen, die mindestens ein Mal pro Woche, weniger als ein Mal pro Monat oder nie mit anderen zusammentreffen, so zeigt sich ein etwas anderes Bild. Wiederum liegt der Durchschnitt in der EU bei etwa 8% von Personen, die nie mit anderen zusammentreffen und bei etwas unter 80% bei denen, die mindestens ein Mal pro Woche mit anderen zusammentreffen. Wiederum zeigt sich hier, dass Irland, Spanien und Griechenland die Länder mit den häufigsten sozialen Kontakten sind. Allerdings ist die Extremsituation der Niederlande hier nicht mehr gegeben. Sie liegen sogar etwas über dem Durchschnitt, zeigen also ein relativ häufiges Zusammentreffen. Bei diesem Indikator ist vielmehr der Anteil in Italien mit 18% von Personen, die nie mit anderen zusammentreffen, am höchsten.

Es ist schwierig, mit Hilfe dieser Indikatoren über Inklusion in Sozialkontakte zu sprechen, weil offensichtlich die Bedeutung von Kontakten in den EU-Ländern durchaus unterschiedlich ist, wie man an der unterschiedlichen Position von Italien und Niederlande bei den jeweiligen Indikatoren sehen kann. Möglicherweise müssten andere Inklusionsindikatoren wie das Treffen mit Familienangehörigen, Freunden und Bekannten zur näheren Differenzierung hinzugezogen, beziehungsweise spezifiziert werden. Insgesamt kann man aber sagen, dass es in der EU im Durchschnitt etwa 8% isolierte Personen gibt, die tendenziell von Sozialkontakten ausgeschlossen sind.

Die klassischen Merkmale von politischer und sozialer Partizipation liegen im Bereich des Engagements der Bevölkerung in der Freiwilligenarbeit, beziehungs-

weise generell im *intermediären Sektor* im sozialen, kulturellen oder politischen Bereich. Im EU-Durchschnitt geben etwas unter der Hälfte an, zumindest eine Aktivität im sozialen, kulturellen oder politischen Bereich unternommen zu haben. Allerdings zeigen sich hier deutliche Unterschiede und auch große Differenzen innerhalb Europas. Besonders hoch ist das Engagement in Dänemark, Schweden und den Niederlanden, wo die Prozentsätze bei 80% und darüber liegen. Besonders gering ist das Engagement in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal mit etwa 25% der Personen, die angeben, sich im sozialen, kulturellen oder politischen Bereich zu betätigen. Gleichgültig wie wir diese Differenzen nun im Einzelnen sehen und auch welches unterschiedliche Verständnis von Engagement im öffentlichen Bereich besteht, zeigt sich eine hohe Partizipationsbereitschaft in den nördlichen Ländern Europas, inklusive der Niederlande, und eine äußerst geringe in den südlichen Ländern Europas. Ob man daraus schließen kann, dass die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den nördlichen Ländern höher ist, als in den südlichen mag dahingestellt bleiben. Das Engagement ist auch in den verschiedenen öffentlichen Bereichen durchaus unterschiedlich. So verzeichnet der Teil Sport und Freizeit mit 20% das höchste Ausmaß, danach das Engagement in Gewerkschaft und politischen Gruppen (9%), dann in den Bereichen Religion und Kirche, Kunst und Kultur und Hobbies mit jeweils 7%.

5. Herausforderungen der Zukunft

Der Bericht versucht anhand der aufzeigten Daten einige Herausforderungen für die Zukunft zu entwickeln. Wiederum möchte ich jene Tendenzen herausgreifen, die besonders für die Situation der Familien in Europa entscheidend sind.

Auswirkungen auf die Familie wird die Entwicklung der Erwerbsstruktur haben. Längere Ausbildungszeiten, die weiterhin steigen werden, verlängern auch das Zusammenleben der Kinder mit den Eltern. Man kann erwarten, dass der Auszug aus dem elterlichen Haushalt, bedingt noch dazu durch eine verbesserte Wohnsituation der Familien insgesamt, sich weiter verzögert und steigt. In manchen südlichen Ländern ist er insbesondere bei Männern derzeit schon besonders hoch (z.B. Italien). Vielfältige Konsequenzen können auch die technische Entwicklung und der Anteil älterer Menschen haben. Gesehen auf das Erwerbsleben wird es schwierig sein, Personen ab 50 zu vermitteln, wenn spezifisch technisches Können verlangt wird. Ob dies durch die vielleicht höhere soziale Kompetenz und Überblickswissen ausgeglichen werden kann, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls gibt es keine Veranlassung dafür, zu sagen, dass der Trend zur Frühverrentung revidiert und diese dramatisch zurückgehen wird, auch wenn durch Erhöhung des Rentenalters sich der Eintritt in die Rente generell verzögert. Unter Umständen wird eher ein Stopp erlebt werden. Insbesondere für Frauen können Frühverrentungen auch in Zukunft relevant werden, nämlich dann, wenn nicht nur Enkelkinder, sondern auch ältere Familienmitglieder zu versorgen sind. Wird das System sozialer Dienste nicht entsprechend ausgebaut und werden Versorgungsleistungen auch für die ältere Gene-

ration erhöht, so entstehen dadurch neue und starke Belastungen für die Familien und nach allen gegenwärtigen Unterlagen betreffen diese vor allem die Frauen.

Durchaus umstritten ist die Frage, wie sich die demographische Alterung der Bevölkerung auf den Generationenvertrag auswirkt. Wir müssen hier deutlich unterscheiden zwischen einem Generationenvertrag im sozialversicherungsrechtlichen Sinne und einem im gesellschaftlichen Sinne. Derzeit scheint wenig auf einen sozialen Generationenkonflikt hinzuweisen. Andererseits wird die jüngere Generation durch das Sozialversicherungssystem besonders belastet werden. Aber auch dies kann durch die Umstellung der Sozialversicherungssysteme, beziehungsweise durch eine generelle Diskussion über Neuverteilungen des Bruttoinlandsproduktes abgeschwächt werden. Man muss auch in Betracht ziehen, dass durch eine geringere Geburtenquote etwa Kosten für Jugendbetreuung und Schule in der Relation sinken können. Jedenfalls ist dieser Bereich einer, der gerade im sozialversicherungsrechtlichen Sinn und unter dem Gesichtspunkt der Sozialleistungen besondere Aufmerksamkeit erfahren muss. Die künftige Sozialpolitik wird berücksichtigen müssen, dass ein geringerer Anteil der Bevölkerung erwerbstätig ist. Im Zusammenhang mit der steigenden Lebenserwartung steht auch eine Herausforderung an das Gesundheitssystem, Altern in Gesundheit und Würde zu gewährleisten.

Es zeigen sich im Sozialbericht aber auch Ausgrenzungstendenzen. Es gibt Personen, die aus den sozialen Netzwerken tendenziell ausgeschlossen werden. Dies betrifft vor allem niedrige Einkommensschichten, bei denen sich auch eine Verschlechterung des Gesundheitszustands zeigt, was wiederum die Möglichkeit, am sozialen Leben teilzuhaben, einschränkt. Es entsteht Deprivation durch Arbeitslosigkeit und auch teilweise durch Ethnizität. Diese Exklusionstendenzen müssen sorgfältiger beobachtet werden.

Für die Familien sind jedenfalls weitere Belastungen durch Betreuungsaufgaben zu erwarten, vor allem wenn Wohlfahrtssysteme zurückgedrängt werden und keine äquivalenten kollektiven sozialen Dienste unterstützt werden. Die Hauptbelastung wird dabei bei den Frauen liegen. Weiter soll sich – das ist zumindest die Absicht der Kommission – die Frauenerwerbsquote stärker der Männererwerbsquote angleichen, sodass Zweiverdienerhaushalte mit Kinder zum typischen Familienmodell werden (siehe Social Policy Agenda, 2000).

Den Kernpunkt des Sozialberichts bildet wie anfänglich erläutert das europäische Sozialmodell als eigenständiges zu präsentieren und gegenüber anderen abzugrenzen. Es ist eine durchaus schwer zu beantwortende Frage, ob wir von einem europäischen Sozialmodell sprechen können. Vielmehr zeigen sich auch in Europa unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regimes und trotz generell ähnlicher Tendenzen dürften die Differenzen innerhalb Europas erhalten bleiben. Der Sozialbericht gibt einen ersten Eindruck über die soziale Lage in den Staaten Europas. Auch wenn die derzeitige Politik auf einen Rückzug des Staates im Sozialbereich abzielt, dürfte sich Europa doch weiterhin von einem amerikanischen Modell der starken Ausrichtung auf individuelle Absicherungsmodelle unterscheiden.

Literatur

- Bagavos, C. & Martin, C. (2001). The European observatory on family matters discusses low fertility in Europe at its annual seminar held in Seville from 15 to 16 September 2000. *Family Observer* 3. Forthcoming.
- Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (Hrsg.) (1998). *Wohnen im Alter, 2. Altenbericht*. Berlin.
- EU Observatory on Family Matters: http://europa.eu.int/comm/employment_social/family/observatory/sevilla.html.
- Hudler, M. & Richter R. (2000). State of the art of surveys on social reporting in Western and Eastern Europe. *EuReporting Working Paper 7*, Vienna. (siehe auch: http://www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/EU_Reporting/index.htm).
- Kaufmann, F.X. (1995). *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland*. Gesellschaftliche und Politische Bedingungen. München: Beck.
- Kaufmann, F.X. (1993). Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. In: K. Lüscher & F. Schultheis (Hrsg.). *Generationenbeziehungen in „post-modernen“ Gesellschaften*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Motl, A. & Szydlik, M. (1999). Private Transfers zwischen den Generationen. *Zeitschrift für Soziologie*, 28 (1), 3-22.
- Nave-Herz, Rosemarie (1998). Die These über den „Zerfall der Familie“. In: J. Friedrichs, R.M. Lepsius & K.-U. Meyer. *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*. Sonderheft 38 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, S. 286-315.
- Noll, H.H. (1999). Konzepte der Wohlfahrtentwicklung: Lebensqualität und „neue Wohlfahrtskonzepte“. *EuReporting Working Paper No. 3*. Mannheim. (siehe auch: http://www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/EU_Reporting/index.htm).
- Offer, A. (Hrsg.) (1996). *In pursuit of the quality of life*. Oxford: University Press.
- Österreichischer Familienbericht 1999 (1999). *Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich*. 4. Österreichischer Familienbericht: Familie – zwischen Anspruch und Alltag. Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie. Wien.
- Richter, Rudolf (2000). *Familiensoziologie: Forschungsthemen, Forschungsaufgaben*. Soziologische Revue, Sonderheft 5, 61-70.
- Social Policy Agenda (2000). *Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the Economic and Social Committee and the Committee of the Regions*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. Brussels.
- Spelleberg, A. & Schneider, N. (1999). *Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität*. Opladen: Leske + Budrich.
- The Social Situation in the European Union 2000* (2000). European Commission, Directorate General for Employment and Social Affairs, Unit 1. Brussels.
- Vaskovics, L.A. (Hrsg.) (1997). *Familienleitbilder und Familienrealitäten*. Opladen.
- Zapf, W. (1984). Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: W. Glatzer & W. Zapf (Hrsg.). *Lebensqualität in der Bundesrepublik* (S. 13-26). Frankfurt/New York: Campus.

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Rudolf Richter
Institut für Soziologie
Universität Wien
Universitätsstr. 7
A-1010 Wien